GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Frauenbewegung und transnationale „Projektwirtschaft “ in der Türkei

Trogisch, Corinna Eleonore

2014

https://doi.org/10.25595/3394

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Trogisch, Corinna Eleonore: *Frauenbewegung und transnationale „Projektwirtschaft“ in der Türkei*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 23 (2014) Nr: 1, 49–62. DOI: https://doi.org/10.25595/3394.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v23i1.16017

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE
UNIVERSITÄT
BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Goertz, Hans-Jürgen, 1995: Historische Hermeneutik – Verstehen. In: Goertz, Hans-Jürgen (Hg.): Umgang mit Geschichte. Eine Einführung in die Geschichtstheorie. Reinbek, 105-117.

Joris, Elisabeth/**Witzig**, Heidi, 2001: Frauengeschichte(n). Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz. Zürich.

Lüscher, Liselotte, 2009: Eine Frau macht Politik. Marie Boehlen, 1911-1999. Zürich.

Mannheim, Karl, 1964: Das Problem der Generationen. In: Wolff, Kurt H. (Hg.): Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk. Berlin, Neuwied, 509-565.

McAdam, Doug/**Snow**, David A. (Hg.), 2010: Readings on Social Movements: Origins, Dynamics and Outcomes. New York.

OFRA Basel (Hg.), 1997: Frauen machen Geschichte. 20 Jahre OFRA Basel – ein Rückblick in die Zukunft. Bern.

Raschke, Joachim, 1991: Zum Begriff der sozialen Bewegung. In: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn, 31-39.

Rucht, Dieter, 2007: Engagement in sozialen Bewegungen. Voraussetzungen, Formen, Wirkungen. In: Kolb, Felix/Bewegungsstiftung (Hg.): Damit sich was bewegt. Wie soziale Bewegungen und Protest Gesellschaft verändern. Hamburg, 13-44.

Rüsen, Jörn/**Jaeger**, Friedrich, 1997: Historische Methode. In: van Dülmen, Richard (Hg.): Fischer Lexikon Geschichte. Frankfurt/M., 13-32.

Schulz, Kristina/**Schmitter**, Leena/**Kiani**, Sarah, 2014: Frauen in Bewegung: Die Schweiz nach 1968. Analysen, Dokumente, Archive, Bibliographie. Baden (i.E.).

Snow, David A./**Soule**, Sarah A./**Kriesi**, Hanspeter (Hg.), 2004: The Blackwell Companion to Social Movements. Malden.

Frauenbewegung und transnationale „Projektwirtschaft" in der Türkei

CORINNA ELEONORE TROGISCH

Einleitung[1]

Im Jahr 2013 zeigte der Gezi-Widerstand eindrucksvoll, wie verschiedenste, sonst voneinander entfremdete Segmente der Gesellschaft der Türkei gemeinsam auf die Straße gehen und die politische Atmosphäre nachhaltig verändern können. Gezi verdeutlichte auch die Relevanz transnationaler Dynamiken. Gerade die Länder der Europäischen Union (EU) bilden einen relevanten Bezugsrahmen für Bewegungen innerhalb der Türkei: Nicht anerkannte Gruppen wie etwa die AlevitInnen (Özyürek 2009; Massicard 2013) stützen sich auf deren politische Rahmenbedingungen; manche exilierte Oppositionelle führen dort ihre Aktivität weiter[2], die politischen Systeme der EU werden der Türkei beispielhaft gegenübergestellt.

Dies ist jedoch nur ein Ausschnitt von Transnationalisierung, die in umfassendem Sinn für einen Funktionswandel der Staaten im Zeichen von Globalisierung und neoliberaler Politik steht. Staatsgrenzen über- und unterschreitende Handlungsfelder nehmen an Bedeutung zu, die Rolle der Staaten als Umverteilungsinstanz fällt zusehends weg. Insofern stellt sich das Transnationale v.a. als Aktualisierung globaler Ungleichkeitsverhältnisse dar (Spivak 2009).

Der Prozess der EU-Annäherung wurde in der Türkei durch eine wirtschaftspolitische Strukturangleichung, sprich den Wechsel von importsubstituierender Entwicklung zu Marktöffnung, weitreichender Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Privatisierung öffentlicher Güter, eingeleitet. Dies ermöglichte den gesellschaftlich folgenschwersten Militärputsch im Jahr 1980 durch Niederschlagung der Opposition (Gehring 2013, 14), an der auch Frauen großen Anteil hatten. Es folgte eine tief greifende Neukonfiguration politischer Ausdrucksformen, darunter das Aufkommen Neuer Sozialer Bewegungen und des heutigen Zivilgesellschaftssektors (Al-Rebholz 2013a). Wenn nun die Forderung nach politischen Freiheiten im Kontext von Gezi als Zeichen der Europäisierung breiter Schichten gedeutet wird, wie im Türkei-Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom Oktober 2013 (Yınanç 2013), so abstrahiert dies mithin von der Gesamtheit der Bedingungen und Wirkungen des Annäherungsprozesses und reproduziert ein verbreitetes, diffuses Bild der EU als jedwede Freiheitsbestrebung in der Türkei stärkende Kraft.

Die türkischen Ausdrücke *projecilik* und *sivil toplumculuk*, in deren Bedeutungsspektrum ein abwertendes *Projektwirtschaft* bzw. *Zivilgesellschafterei* liegt, spielen auf die oben angesprochene Realität an; ebenso schwingt darin ein Vorwurf an die GeldempfängerInnen mit, von einem Abkommen mit imperialistischen Kräften zu profitieren. Die Frauenbewegung, innerhalb wie außerhalb der Türkei stark als pro-EU-Akteurin wahrgenommen, steht ganz besonders in der Schusslinie dieser Argumentation, die ihr letztlich den lokalen, gesellschaftlichen Charakter abspricht. Förderung durch überwiegend ausländische und überwiegend EU-nahe Geberorganisationen ist indes weit verbreitet. Von der Frauenorganisation zur Unterstützung weiblicher Kandidatinnen KA-DER bis zum kämpferisch-linken alevitischen Pir Sultan Abdal-Kulturverein nehmen Gruppen kontinuierlich oder sporadisch Projektgelder an (Diken 2006, 261). So entsteht unter großem Ressourcendruck eine *abhängige Transnationalisierung* bedeutender Teile des nach 1980 entstandenen zivilgesellschaftlichen und oppositionellen Feldes in der Türkei. Schnell wechselnde Tagespolitik und steter Kampf um den Erhalt von Handlungsgrundlagen lassen auf der Agenda der Akteurinnen die Frage zurücktreten, welche Wechselwirkungen zwischen dieser abhängigen Transnationalisierung und eigenen Diskursen und Handlungsformen bestehen. Dieser Frage gehe ich hier mit Fokus auf die feministische Bewegung nach. Als Material dienen Literaturanalysen und Interviewausschnitte aus meiner Forschung zur sozialistisch-feministischen Kollektividentität in der Türkei, die zwischen 2007 und 2010 erhoben wurden. Deren Transformation über den Zeitraum von 1985 bis 2010 untersuchte ich u.a. mittels der Erhebung von neun

qualitativen Interviews mit Aktivistinnen aus den vier größten Städten der Türkei[3], die deren diskursive Einbindung über verschiedene Phasen hinweg behandelten. Im Folgenden analysiere ich nach einer Kontextualisierung unter den Aspekten Heterogenität der Frauenbewegung und gesellschaftliche Bedingungen nach 1980 das Beispiel der geförderten populärfeministischen Zeitschrift Pazartesi sowie Auszüge aus zwei der genannten Interviews.

Frauenbewegung und abhängige Transnationalisierung

Die Türkei ist im Gefüge internationaler Arbeitsteilung nicht Teil der führenden kapitalistischen Staaten. In ihrer gesellschaftlichen Struktur ist sie durch eine schmale Mittelklasse sowie eine Spannung zwischen politisch-ökonomischem Zentrum (Istanbul/Westtürkei) und weniger entwickelten Regionen bestimmt. Hinsichtlich sozialer Bewegungen und ihrer politischen Gelegenheitsstrukturen (Tarrow 1994) verweisen neuere Diskussionen zu dieser peripheren Staatlichkeit[4] v.a. auf zwei Charakteristika: Erstens ist Organisierung von starker Heterogenität geprägt; zweitens erhalten nur die artikulationsfähigsten Teile der Bevölkerung Zugang zum politischen System, etwa in Form von einer Gesundheitsversorgung (Becker 2008, 12; weiterf. Babacan/Gehring 2013). Die notwendige konzeptionelle Unterscheidung einer breiten Frauenbewegung, in der nationalistische und religiöse Bezugsrahmen vorherrschen, und Feministinnen, die darin eine – wenn auch impulsgebende – Minderheit bilden, ergibt sich aus diesen Bedingungen (Molyneux 2001).
Eingedenk dieser begrifflich-konzeptionellen Grundlagen lässt sich der Wandel vom Inter- zum Transnationalen wie folgt fassen: Der Widerstand gegen die Einführung von Strukturanpassungsmaßnahmen in den 1970er Jahren wurde maßgeblich von politisch linken Demokratischen Massenorganisationen (türk. *Demokratik Kitle Örgütü*, DKÖ) getragen, deren frauenpolitisch Bedeutendste der Fortschrittliche Frauenverein (türk. *İlerici Kadınlar Derneği*, İKD), eine Vorfeldorganisation der illegalisierten TKP (Türkische Kommunistische Partei), war. Unter seinem Dach entfaltete sich eine den Gründungszweck weit überschreitende, zigtausend Frauen einschließende Dynamik (Akal 2003). Der İKD stritt v.a. für soziale Rechte und bezog sich internationalistisch auf andere kommunistische Frauenorganisationen. Die von 1980 bis 1983 amtierende Militärregierung verbot als erstes derartige Organisationen, um Vergleichbares künftig zu unterbinden.
Während Internationalismus einen seit der Dekolonisierung verbreiteten Ansatz politischer Solidarität bezeichnet, und im Rückgriff auf eine vor 1989 global verbindlichere Klassenanalyse diskutiert wurde, steht Transnationalismus als Zustand für Marktöffnung, einen Boom privater Medien, die Transformation Istanbuls zur *Global City*, die Ausbreitung des Menschenrechtsdiskurses und die NGOisierung sozialer Bewegungen. Eine für diese Phase typische Organisierungsform ist die Zivilgesellschaftliche Einrichtung (türk. *Sivil Toplum Kuruluşu*, STK). Diese tritt nicht primär als Teil der Opposition auf, sondern legitimiert sich über Expertise

zu bestimmten Themen. Dieser Organisationstypus eignet sich, um Projektgelder ausländischer Geberorganisationen anzunehmen. STKs bewegen sich in einem Diskursgefüge, in dem, wie Al-Rebholz (2013b, 43) hervorhebt, die Begriffe Arbeit und Ausbeutung weithin als „naiv und veraltet" diffamiert werden und eine Tendenz besteht, Klasse weniger als gesellschaftsanalytische Kategorie, sondern vorrangig deskriptiv (z.B. als Attribut von Individuen) zu thematisieren (Diken 2006, 176, 240). In diesem Kontext gilt auch Pluralismus oftmals eher als Wert an sich, ohne diesen an umfassenden gesellschaftspolitischen Zielsetzungen zu messen.[5] Die heute gültige politische Sprache unterscheidet sich damit bedeutend vom Diskurs der DKÖ. So sehr diese durch ihren Autoritarismus und ihre Homogenisierungstendenzen diskreditiert sind: In der Literatur zu Transnationalismus wird seit längerem die Frage erhoben, ob Frauenorganisationen wie der İKD aufgrund ihrer Breitenwirkung effektiver darin waren, Graswurzel-Interessen zu vertreten, als mit Projektgeldern ausgestattete STKs (Arat-Koç 2007).

Die heutigen Segmente der Frauenbewegung unterscheidet Ausrichtung, Mobilisierungskraft und transnationale Praxis. Die unabhängige feministische Bewegung entstand kurz nach dem Militärputsch 1980 als kleines Netzwerk Hochgebildeter und übernahm „Ideen und Organisationskulturen (...) aus den westlichen Ländern" (Al-Rebholz 2013a, 325). Sie konnte sich zahlenmäßig nie bedeutend vergrößern, wohl aber die politische Tagesordnung mitprägen. Ihre transnationalen Praxen bauten auf eine von der Linken übernommene einseitige Orientierung am Westen auf und waren gleichzeitig durch deren Feindseligkeit getrieben, wie ein frühes Beispiel illustriert: 1982 wurde die französische Feministin Gisele Halimi eingeladen, um über Feminismus zu sprechen, da die lokalen Aktivistinnen diesen konfrontativen Schritt scheuten (Sirman 1989).

Ab den späten 1980er Jahren, in Millionenstärke mobilisiert durch die Wohlfahrtspartei (türk. *Refah Partisi*, RP), dem islamistischen Vorläufer der heutigen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (türk. *Adalet ve Kalkınma Partisi*, AKP), trat ein religiös legitimiertes Frauenbewegungssegment auf den Plan, das sich den muslimischen Opfern des Jugoslawienkrieges und verwandten Gruppen in arabischen Ländern zuwandte. Heute stellt dieses frauenpolitische Spektrum das regierungsnahe dar; die nationalistisch-laizistische, am Staatsgründer Mustafa Kemal orientierte Richtung muss bittere Privilegienverluste bewältigen. Sie hegen eine Ambivalenz gegenüber den Staaten der EU sowie den USA. Diese gelten einerseits hinsichtlich ihrer Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand zwar als Modell. Andererseits wird die nationale Souveränität der Türkei aufgrund divergierender geostrategischer Interessen und Einflussnahme in innerstaatliche Konflikte als bedroht gesehen. Die Mobilisierungskraft dieses Frauenbewegungsspektrums zeigte sich zuletzt 2007 in Massenprotesten gegen die Wahl Abdullah Güls (AKP) als Staatspräsident – die medial sogar als Frauenrevolution apostrophiert wurden. Aus dem etablierten Lagerkonflikt zugunsten frauenpolitischer Bündnisse ausbrechen können die Beteiligten jedoch kaum.

Auch die kurdische Bewegung wurde durch millionenstarke Mobilisierung von Frauen in den 1990er Jahren zu einem mächtigen geschlechterpolitischen Akteur auf türkischem Staatsgebiet. Das Verhältnis türkisch-feministischer und kurdischer Frauen wurde jedoch oft als politische Herabsetzung letzterer erlebt. Kurdische Feministinnen monierten, dass nur Publikationen des *weißen Feminismus* aus den USA und Europas übersetzt worden seien. Dagegen setzten sie eine gezielte Rezeption z.B. der Schriften von *bell hooks* (Al-Rebholz 2013a, 261). Mit dem Ausbau ziviler kurdischer Initiativen ab den 2000er Jahren entstand ein Feld der Kommunalpolitik, in dem kurdische Frauen sich beträchtliche Ressourcen und politische Autorität erschlossen (Bozgan 2011; Akdeniz-Taxer 2011). Feministische und kurdische Frauenbewegungen intensivierten ihren Austausch, und unter dem Druck des inländischen Krieges entwickelte die kurdische Gesamtbewegung gleichzeitig eigene, nicht auf westliche Länder beschränkte Muster der Transnationalität, unter anderem nimmt sie am Prozess der Weltsozialforen teil. Das Charakteristikum der Abhängigkeit trifft hier weniger, da stärker die eigene soziale Macht die Handlungsgrundlage bildet. Von einem EU-Beitritt erhofft sich die kurdische Bewegung überwiegend weitergehende Rechte. Institutionalisierung und Professionalisierung der Frauenbewegung überschnitten sich mit der beschriebenen abhängigen Transnationalisierung. Serpil Sancar (2011) sieht die Türkei in einer Reihe mit Ländern wie Chile, in denen Frauenbewegungen nach Militärinterventionen und -diktaturen vor dem Hintergrund des Niedergangs starker, durch die Linke vertretener Gleichheitsforderungen aufstiegen. Die Folge, so Sancar, sei eine politische Schwäche durch überstarke Bindung an den Diskurs universeller Frauenrechte, deren Garant einzig Institutionen wie die EU und die Vereinten Nationen (UN) sind. Unter diesem Blickwinkel, aber auch als Ergebnis politisch weiterführender Diskurse um Differenz, die die Verschiebung der politischen Parameter nach 1980 zeitigte, lässt sich das folgende Beispiel betrachten: Während der EU-Beitritt als Ziel der politischen Klasse die Konjunktur bestimmte, wurde 2001 im Zivilrecht die Definition des Ehemannes als Familienoberhaupt abgeschafft und formale Gleichheit zwischen Frau und Mann hergestellt. Die zudem erreichte verfassungsrechtliche Konzeption der Ehe als Gemeinschaft, zu der beide Teile beitragen, erkannte die unentlohnt von Frauen verrichtete Sorgearbeit an. Allerdings ging dieser Gesetzesänderung ein Konflikt voran: Frauenorganisationen hatten angenommen, dass für die Verabschiedung dieses Änderungsentwurfs die Stimmen der Regierungskoalition ausreichen würden. Es bildete sich jedoch eine parteiübergreifende männliche Front, die mit dem Argument auftrat, Geschlechtergleichheit würde Chaos in der Familie stiften und so die Grundlage der türkischen Nation gefährden. Dagegen formierte sich in kürzester Zeit die mit 126 Organisationen breiteste frauenpolitische Koalition seit den 1980er Jahren, und die Änderungen wurden erstritten. Auch im Strafgesetz wurde 2004 ein prinzipieller Wandel erreicht: Vormals als gegen die Ehre gerichtet konzipierte Vergehen gegen die körperliche Integrität von Frauen galten nun als gegen das Individuum gerichtet. Nur so konnte Vergewaltigung in der Ehe strafbar werden (Yılmaz 2005).

Die Kampagne belegte das Vermögen feministischer, gemäßigt religiöser und kemalistischer Frauen zur Zusammenarbeit. Die zur Verständigung über beide Kampagnen eingerichteten *mailinglists* wurden zu bleibenden Foren (ebd.). *Die Stärken von Professionalität und Mobilität mittels ausländischer Gelder hatten sich gezeigt. Die Orientierung auf UN-Normen und EU-Anbindung schien bestätigt zu sein.*
Dieser größte frauenpolitische Erfolg der 2000er Jahre ließ allerdings die Feminisierung der Armut und den fortschreitenden Ausschluss von Frauen aus unabhängigkeitssichernder Erwerbsarbeit (Spivak 2009), die auch in der Türkei die Ä*ra* des Transnationalismus charakterisiert, weitgehend unberührt.[6] Die derzeitige politische Entwicklung lässt ihn überdies als fragil erscheinen (Kandiyoti 2011).

Pazartesi: die erste Projektwirtschaft

Ein Beispiel für Projektzusammenarbeit aus den 1990er Jahren kann Wechselwirkungen von Organisierung und abhängiger Transnationalisierung weiter verdeutlichen: Im Folgenden wird die erste Phase (1995-2002) der Bewegungszeitschrift *Pazartesi* (dt. Montag), die von sozialistischen und Radikalfeministinnen der ersten Generation gegründet wurde, in Auszügen beleuchtet.
Zwei in Deutschland aktive Feministinnen aus der Türkei vermittelten eine Förderung durch die Grünen-nahe, formal unabhängige *FrauenAnstiftung*. In Versammlungen mit bis zu hundertfünfzig Beteiligten in Istanbul, Adana, Mersin, Izmir, Ankara und Antalya wurde das Projekt geplant, an das sich aufgrund der Zersplitterung der feministischen Szene Anfang der 1990er auch Reorganisierungshoffnungen banden. So favorisierten manche ein Selbstverständigungsmedium, andere eine Verbindung zu *Hausfrauen*. Die Idee einer Zeitschrift, die feministische Inhalte popularisieren sollte, setzte sich durch. Die FrauenAnstiftung vermittelte als solidarischer Partner anregende Kontakte mit Feministinnen in Osteuropa (Düzkan 2005, 154, 156). Ein Herausgeberinnenkreis von insgesamt 18 Frauen schloss eine Redaktion von fünf Professionellen ein. Weitere Beteiligung wurde in Form konzentrischer Kreise organisiert, wobei andere Feministinnen die erste, die Leserinnen die zweite Kritikinstanz bildeten (Koçali 2002, 80). Mithin richteten sich starke Bemühungen darauf, dass feministische Netzwerke die Deutungsmacht in Händen behielten. In der Erstausgabe vom 8. März 1995 formulierten die Herausgeberinnen gleichwohl suggestiv: „Wir haben keinen Chef und keine (...) Leitung“. Über die Zeitschrift solle „Wut, (…) Freude, (…) Aufruhr, (…) Trauer und (…) Begeisterung“ geteilt werden. Das private Leben einer jeden könne sich ändern, „wenn wir Frauen uns gemeinsam bewegen“ (zit.n. ebd., 76f.). Hier und in weiteren Ausgaben lässt sich ein Widerspruch zwischen dem formulierten Wunsch, organisatorisch nicht im Zentrum zu stehen, und der Zurschaustellung der eigenen kleinen Gemeinschaft ablesen – auch, wenn Ortsangaben so gemacht werden, dass es Insiderwissen brauchte, um sie gänzlich zu verstehen (vgl. Pazartesi 10/1996, Editoral). Die Leserinnentreffen, die Transparenz und Mitbestimmung sichern sollten, konnten nach einiger Zeit mangels

Beteiligung ihre Funktion nicht mehr erfüllen. Der erklärten Hierarchiefreiheit zum Trotz entwickelte sich die Redaktion durch engen Austausch untereinander zur dominanten *In-group* (ebd., 79f., 82).
Pazartesi wurde zum Karrieremotor für einige Karikaturistinnen und Belletristik-Autorinnen (ebd., 157) und wirkte in die Mainstream-Medien hinein: Gewalt gegen Frauen erfuhr durch sie mehr Aufmerksamkeit; ihre Kritik an Populärkultur wurde stilprägend. Sie war pluralistisch, verfolgte aber Wahlprozesse mit prokurdischen Positionen und berichtete über frauenpolitische Bündnisse in linken Parteien und Gewerkschaftsverbänden, was sie als oppositionelles Medium kenntlich machte.
Am 28. Februar 1997 setzte das Militär die damalige Koalitionsregierung unter dem RP-Vorsitzenden Necmettin Erbakan ab. Diese Zuspitzung des Lagerkonfliktes zwischen kemalistischer und religiöser Seite ließ die *Pazartesi*-Redaktion von einer allen Frauen gegenüber integrativen Haltung weiter abrücken: Ab März 1997 begann sie, Aufrufe als Gruppe zu unterschreiben oder selbst zu verfassen.
In der 59. Ausgabe verabschiedete sich eine Gruppe v.a. sozialistisch-feministischer Herausgeberinnen, begründet mit persönlicher Verletzung. Die FrauenAnstiftung fusionierte zeitgleich mit anderen Stiftungen zu einem Grünen-nahen Feministischen Institut. Als es Ende 2000 in der Türkei zu Gefängnisaufständen gegen die Einführung der Isolationshaft kam, solidarisierte sich *Pazartesi*: Das Titelbild der 70. Ausgabe zeigte eine durch Polizeiattacken schwer verbrannte Inhaftierte; es folgte ein Artikel über Ulrike Meinhofs letzte Tage in westdeutscher Isolationshaft. Dies konfligierte mit Interessenlagen der deutschen Grünen. Als das Ende der Zusammenarbeit absehbar wurde, transferierten die Entscheidungsträgerinnen nochmals eine größere Summe an die *Pazartesi*-Gruppe, die damit ein kleines Gebäude im Zentrum Istanbuls kaufte. Diese Ressource betreffend, kam es im Folgenden zu Konflikten, da die *Pazartesi*-Gruppe sie in der Sicht mancher nicht angemessen mit anderen teilte.[7]
In feministischen Rückblicken wird diese Projektwirtschaft teils widersprüchlich diskutiert: Eine Beteiligte stellte fest, es sei wichtig, woher das Geld komme, und schrieb gleich darauf polemisch, da die *Imperialisten* für die Abwesenheit eines Sozialstaats in Ländern wie der Türkei die Verantwortung trügen, könne ein Geldtransfer als Schuldzahlung gelten (Düzkan 2005, 156f.).
Ferner hatte sich gezeigt, dass das Privileg der Förderung in das intransparente Hierarchiegefüge der feministischen Bewegung hineinwirkte: Beständig wurde an Hierarchiefreiheit als feministisches Prinzip, das in der Bewegung hohe moralische Autorität hat, appelliert, Teilnahmemöglichkeiten folgten jedoch elitären Regeln (Trogisch 2014). Spannungen, wie etwa der Rückzug der sozialistischen Feministinnen aus dem Projekt, blieben als kummervolle Ereignisse im Raum stehen; auch die Frage der Gebäudenutzung gedieh auf der Tagesordnung nicht weit. Als Bindeglied von Generationen und zum Erhalt feministischer Gegenöffentlichkeit war *Pazartesi* unzweifelhaft bedeutend, doch Bündnisse, die ins Tagesgeschehen hätten eingreifen können, wurden nicht geschlossen. Die Redaktion wurde unter dem

Druck der makropolitischen Entwicklung unintendiert zur politischen Gruppe, ohne dass eine breiter angelegte Verständigung dies begleitet hätte.
Diese Dimensionen sind der Zusammenschau individueller Rückblicke zu entnehmen, während eine verbindlichere kollektive Deutung des Geschehenen fehlt. Im Ergebnis bleibt weitgehend unthematisiert, ob und inwiefern das Zusammenwirken von Organisierung im Projektformat und Bewegungsdogmen die Distanz zwischen feministischen Netzwerken und breiten Schichten von Frauen entgegen aller Absicht eher aufrechterhielt als sie zu überwinden. Die überlieferten Diskussionen suggerieren dies gleichwohl. Einzig die Beschränkung der inhaltlichen Freiheit durch den Geldgeber[8] wurde eine bleibende, vielzitierte Lektion.

Projektwirtschaft und Organisierung

2007 und 2008 führte ich jeweils ein Interview mit İpek und Bahar[9], beide in den 1970er Jahren geboren und der formal unabhängigen feministischen Bewegung angehörig. Für die Zwecke dieses Beitrags werden ihre Aussagen zur Projektzusammenarbeit einander gegenübergestellt.
Um 2001 kamen İpek und andere Frauen in Adana nach Enttäuschungen in der Linken mit der Istanbuler Gruppe der soeben gegründeten Frauenakademie *Amargi*[10] in Kontakt. Diese wollte feministische Sichtweisen in Kultur und Politik verankern und hatte die gleichnamige Zeitschrift herauszugeben begonnen. Die Frauen in Adana verstanden sich als Sozialistinnen, und in der Istanbuler Gruppe gab es „sozialistische Feministinnen", so İpek.

> Wir haben ein Manifest diskutiert, (...) über Gewalt, Krieg, die EU (...). Wir haben intensiv über Versäumnisse des Feminismus gesprochen. (…) Aktionen mit Arbeiterinnen, (...) das fehlte ein bisschen bei denen in Istanbul. Aber wir (...) hatten organisiert gearbeitet. Wir konnten vor gesellschaftlichen Entwicklungen nicht die Augen verschließen.

Dieses Verständnis vom Organisiertsein war İpek zufolge der Bruchpunkt: Die *Amargi*-Frauen aus Adana wussten über Aktivitäten der Istanbuler Gruppe oft nicht Bescheid; protestierten sie dagegen, so wurde ein Recht der lokalen Gruppe auf Eigeninitiative ins Spiel gebracht. Dies habe sich dann als Reproduktion der Übermacht des Zentrums ausgedrückt: „Alles wurde in Istanbul geregelt; hier machst du irgendwas, aber du kannst es nicht zu etwas Gemeinsamem machen."
Einem Vorschlag zur Beteiligung an 1. Mai-Demonstrationen wurde entgegengehalten, dies sei unpassend, da sich *Amargi* bisher nicht mit Arbeiterinnen solidarisiert habe. İpek sah dies ohnehin als Fehler, „und nicht teilzunehmen wäre ein weiterer Fehler gewesen." Es blieb jedoch dabei. Kurze Zeit später habe die Istanbuler Gruppe dann, für İpek noch sehr viel problematischer, begonnen, EU-Gelder anzunehmen:

> Die EU ist eine Struktur des Kapitals, (...) und zugleich eine bewaffnete Macht. Meiner Meinung nach wollen sie von der Türkei aus den Nahen Osten erreichen (...). Ich bin aber zugleich Friedensaktivistin. (...) Die hinter der EU stehenden Kapitalgruppen haben mit den Arbeitenden, den Unterdrückten, den Frauen nichts zu tun, es geht nur um ihre eigenen Interessen.

Mit den „Unterdrückten" spielt İpek v.a. auf die kurdische Bevölkerung an: Ihre Selbstsicht als Friedensaktivistin geht auf ihre Politisierung in den 1990er Jahren als Hochzeit dieses Konflikts zurück.
In der Folgezeit habe sich auch in der *Amargi*-Gruppe in Adana das Meinungsbild verschoben, eher als faktische Entwicklung denn durch einen Diskussionsprozess. Weitere Frauen aus İpeks Umfeld, die in EU-oppositionellen- wie auch Frauengruppen aktiv waren, behaupteten, wenn es um Frauen gehe, könnten EU-Gelder angenommen werden. „Aber wie nimmst du denn Geld an, wenn du dagegen bist?", fragt İpek und schließt an: „*Pazartesi* haben sie nur wegen dieser einen Ausgabe die Gelder gestrichen. Die Leute beißen nicht die Hand, die sie füttert."
Als ein Istanbuler *Amargi*-Mitglied mit der Vorsitzenden des größten Unternehmerverbandes für ein Zeitungsfoto posierte und ihre Kritik an diesem unabgesprochenen Schritt keinerlei Unterstützung fand, resignierte Ipek und trat aus der Organisation aus: „Die organisationsinterne Demokratie war hinüber, (...) keine wurde gefragt."
Bahar, eine seit langem in Istanbuler Frauenorganisationen aktive kurdische Feministin, bringt andere Aspekte zur Geltung:

> Nach 1990 haben sich die Frauenorganisationen ja ganz stark institutionalisiert, nicht – dann braucht es Geld. Schön, woher nehmen wir das? Der Staat gibt uns keins. Unsere Väter geben uns keins, unsere Männer nicht, und wir haben keins. (...) Was tun? Wir schreiben Projektanträge (...), genau wie die Frauen in Indien, in Pakistan, in Lateinamerika.

Es habe jedoch „riesige" Diskussionen gegeben – insbesondere durch „die, die sich als sozialistische Feministinnen verstehen": ‚...ihr macht diese Projektwirtschaft, ihr tut der Frauenbewegung Gott weiß was an'...", beschreibt Bahar die Diskussionen. Sie selbst ist zum Zeitpunkt des Interviews nach „einem Haufen Arbeit" in Frauenprojekten erschöpft, hat keine Krankenversicherung und sieht die Notwendigkeit, sich ökonomisch besser abzusichern.
Für Bahar bedingt die Annahme von Geldern aus den Ländern des kapitalistischen Zentrums die eigene Handlungsfähigkeit als Frauenbewegung. Sozialistische Feministinnen erachtet sie als abstrakt tadelnd und auch auf dem eigenen Terrain versagend, da ihre eigene Arbeit als Frau („Was wird aus mir? Was (…) esse ich?") keinerlei Berücksichtigung in deren Diskurs finde. Es gebe eine Menge Frauen wie sie selbst, so Bahar. Auch aus der Erkenntnis verschiedener Fähigkeiten seien Konsequenzen zu ziehen:

> Ohne diese Geschichte zu regeln, kann sich die Frauenbewegung in der Türkei nicht weiterentwickeln. Denn wenn (...) in manchen Bereichen nicht Frauen arbeiten, die gut Bescheid wissen, dann wird es ganz schwierig. Denn (...) es kann nicht jede Frau ein Budget schreiben und mit Geldgebern sprechen.

Wie hier angesprochen, qualifizieren nur bestimmte Fähigkeiten, wie gute Fremdsprachenkenntnisse, zu dieser Form transnationaler Vernetzung. Die Projekteszene ist ein Arbeitsmarkt für Feministinnen, die, positioniert als Expertinnen, versuchen, hier ihre politischen Ziele voranzutreiben. Als Bewegung mehr Arbeitsteilung zuzulassen, würde dieser Subjekt- und Handlungsform mehr Entfaltungsraum verschaffen. Eine Elitenbildung, die auch feministisches Handeln lange begleitet, würde so noch unverrückbarer. Hierarchien innerhalb der feministischen Bewegung sowie Ausschlüsse entlang von Kriterien wie formale Bildung und Sprache werden so jedoch eher verschärft als relativiert.
Beide Aktivistinnen stimmen darin überein, dass die Frauenbewegung in der Türkei gegenüber den EU-Ländern eine abhängige Partnerin ist. Beide haben sich an den Kampagnen für Gesetzesänderungen nach Kräften beteiligt. Viele Erfahrungen ihrer Generation verbinden sie; was sie jedoch trennt, ist ihr Verständnis der politischen Kontrahenten und von Pluralität: Während İpek von einer Reproduktion des Zentrum-Peripherie-Gefälles und dem Abbau interner Demokratie durch *projecilik* spricht, fordert Bahar diesbezüglich eine Reifung der Bewegung. Die Praxis von Frauenorganisationen, die zwar mit großer Lobby und Ausstattung, jedoch ohne Verbindung zu politischen Foren der Frauenbewegung arme Frauen unterstützen, benennt Bahar nur als nicht ausreichend. İpek, die darauf besteht, auch auf die wirtschaftspolitischen Dimensionen der EU-Annäherung feministische Antworten zu finden, sieht solche Ansätze als prinzipiellen Widerspruch zu ihrer eigenen Arbeit. Frauenarbeit als Kategorie verhandeln beide in gänzlich unterschiedlichen Kontexten: Bahar hat den Binnenraum der Frauenbewegung vor Augen, İpek die Entwicklung der globalen Arbeitsmärkte.
Aktivistinnen wie İpek wünschen sich eine Alternative jenseits der DKÖ, die verbindlicher ist als das Gegenmodell, die STK. Sie beteiligt sich an den im Jahr 2008 städteübergreifend gegründeten sozialistisch-feministischen Kollektiven (SFK), die Frauenarbeit umfassend zur Sprache bringen und sich damit der neoliberalen Agenda entgegenstellen. Aus den Lehren der Projektwirtschaft zogen die SFK die Konsequenz, keinerlei Gelder anzunehmen (vgl. Sosyalist Feminist Kolektif 2012). Sie erlebten einen Mitgliederboom und repräsentieren nach fünf Jahren ihres Bestehens die auf Einzelgruppenebene bisher größte feministische Organisation der Türkei. Vom Ausland aus aufrechterhaltene Mitgliedschaften, Austausch mit kritischen Akademikerinnen und politischen Gruppen vornehmlich im angelsächsischen Raum machen diese Organisierung zu einer zunehmend transnationalen. Die SFK-Zeitschrift *Feminist Politika* gewinnt mit Themen wie Arbeitskämpfen, Gewalt gegen Frauen, Minderheiten und Gegenkultur stetig an Bedeutung für die

gesamte feministische Szene. Jenseits offener Anti-EU-Propaganda kritisieren SFK-Autorinnen Entwicklungen in EU-Ländern und wenden sich gegen den oben genannten deskriptiven, individualisierten Klassenbegriff. Doch auch die Entwicklung der SFK zeigt die enge Verwobenheit jeglicher feministischer Politik in der Türkei mit *projecilik*: İpek und viele andere Mitglieder wurden bedeutend durch *Pazartesi* und andere geförderte Projekte politisiert, und ein Gutteil der nachrückenden Mitgliedschaft rekrutiert sich aus dem soziokulturellen Milieu, für das die Vielfalt internationaler und nationaler NGOs ein Arbeitsmarkt ist. So ist mit den SFK eine stark ins Hintertreffen geratene politische Position reaktiviert worden, die übergreifende Problematik bleibt jedoch präsent.

Ausblick

In der Projektpraxis kommen jenseits offener Bevormundung durch Geldgeber weitreichende Verschiebungen der politischen Handlungsbedingungen zum Tragen, die auf das Datum 1980 zurückverweisen. Umso mehr Bedeutung sollten feministische Überlegungen zu abhängiger Transnationalisierung der Einbindung unterschiedlichster Akteure in diskursive Formationen, also Hegemoniebildung, zumessen. Für alle Bewegungen gilt, dass die Agenden von Gebern und Geförderten sich oft überschneiden, etwa anhand der Themen Minderheitenschutz, Frieden und multikulturelles Zusammenleben. Diese versprechen Projektgelder und sind ebenso hohe, von den historischen Oppositionsbewegungen in der Türkei oft missachtete Güter, die erst in Prozessen der Neukonstitution politischer Opposition mühsam verankert wurden.

Wie gezeigt, gehen Dynamiken der feministischen Bewegung, die tiefen Gräben zwischen einzelnen Segmenten der Frauenbewegung sowie Vorgaben neoliberaler Politik eine diskursive Verschränkung ein, innerhalb derer u.a. auch die Gesamtentwicklung des EU-Annäherungsprozesses in den Blick kommt. Das kann auch Feministinnen kaum Mut machen und so setzen sich viele feministische Gruppen detailliert mit dem Normenwerk der Kopenhagener Kriterien auseinander (Diken 2006, 21), während die wirtschaftspolitische Programmatik als Thema zurückbleibt und zur Akquise von Geldern auch so dienlich wäre wie der von İpek erwähnte Biss in die Hand. Dessen ungeachtet bewegt die Politik der „Imperialisten" auch Feministinnen, ob sozialistisch oder nicht.

Die Frauenbewegung nutzte erfolgreich die Pro-EU-Konjunktur für die Gesetzesänderungen von 2001 und 2004. Mittlerweile stehen jedoch gerade Feministinnen durch den Abbau eben der frauenbezogenen Einrichtungen des politischen Systems, die zur Zeit der Reformen noch unterstützend gewirkt hatten, vor einer fortschreitenden Marginalisierung: Der Umwidmung des Frauen- zu einem Familien- und Sozialministerium folgte kürzlich die Infragestellung der parlamentarischen Kommission für Chancengleichheit (Gülbahar 2013). Die Situation auf dem Projektgeldermarkt ist derweil durch die umfassende Macht der AKP gekennzeichnet, der allein auf-

grund der Zentralisierung der Vergabe von EU-Geldern auf zwei Staatsministerien immense Gelder zufließen. Und ein weiterer Blick in den erwähnten Fortschrittsbericht der EU-Kommission zeigt, dass in der Abwägung zwischen „Ordnung" und gradliniger Parteinahme für die aufflammende Opposition ersteres überwog (Gehring 2013). Das kann auch Feministinnen kaum Mut machen und stützt überdies die These, dass die EU als supranationale Institution allenfalls situativ und konjunkturell, nicht aber substanziell eine unterstützende Rolle gegenüber Demokratisierungsbewegungen in der Türkei einnimmt.

In den Dekaden der Transnationalisierung ist der errungenen legislativen Normverschiebung keine Stärkung der Artikulationsfähigkeit von Frauen durch Unabhängigkeit sichernde Erwerbsmöglichkeiten zur Seite getreten. Feministische Politik, die klassenübergreifende Solidaritätsbeziehungen knüpft, wird durch das Gesamt der politischen Anordnungen seit 1980, deren Produkt auch die derzeitige historische Blockbildung unter Führung der AKP ist, sehr erschwert. Die These Sancars (2011), dass eine Anbindung von Frauenbewegungen an den Diskurs universeller Frauenrechte nicht genügt, um auf nationaler Ebene Gleichheitsforderungen durchzusetzen, verdient vor diesem Hintergrund genauere Beachtung.

Anmerkungen

1 Die Autorin dankt Axel Gehring und Anıl Al-Rebholz für Kritik und anregende Kommentare.

2 Dies gilt z.B. für die in der Türkei juristisch verfolgte Soziologin und Feministin Pınar Selek.

3 Zwischen 2007 und 2010 habe ich in Adana, Ankara, Istanbul und Izmir Interviews mit Aktivistinnen geführt. Die Interviews mit Sevda Adana, İpek Adana (September 2007), Leyla Ankara, Meryem Ankara (August 2009), Bahar Istanbul (Februar 2008), Nur Izmir, Suna Izmir (Februar 2009), Evin Istanbul (Mai 2010) und Fidan Adana (August 2010) werden im Folgenden in die Analyse einbezogen.

4 Periphere Staatlichkeit bezieht sich als Begriff auf einen, in kritischer Anknüpfung an die Dependencia-Theorien v.a. von Immanuel Wallerstein vertretenen Zweig der Entwicklungstheorien, der als Weltsystem-Ansatz bekannt geworden ist (Wallerstein 1974). Grundlegende These ist, dass der Wohlstand u.a. der europäischen Länder, der USA und Kanadas auf einem Transfer von Wirtschaftsleistung aus den weniger entwickelten, oft vormals kolonisierten Ländern zurückgeht und es eine sich stets reproduzierende Spannung zwischen den ersteren – als Zentrum bezeichneten – und letzteren – als Peripherie bezeichneten Staaten– gibt, in der die Peripherie stets als Verlierer dasteht. In neueren Diskussionen wurde das zugrunde gelegte Spannungsverhältnis vor dem Hintergrund des Aufstiegs mancher Peripherie- oder Semiperipheriestaaten teils in Frage gestellt. Für die Diskussion im vorliegenden Text ist erheblich, dass die Macht des Zentrums auch starke innenpolitische Konsequenzen hat, indem z.B. regional ungleiche Entwicklungen, durch Einbindung der nationalen Eliten in globale Interessennetzwerke, noch verschärft werden.

5 Für diese Zusammenfassung wäre eine Vielzahl empirischer Belege zu erbringen, was hier aufgrund der Kürze nicht geleistet werden kann. Einzubeziehen ist auch, dass sich die hier kritisierte Verfasstheit gleichzeitig aus der Einsicht in die Versäumnisse der historischen Opposition speist.

6 Das gilt überwiegend auch für die Gewerkschaften.

7 Angabe aus dem Interview mit Bahar (Trogisch 2014). Zu Bahar s. Fußnote 26.

8 Aus Platzgründen bleibt hier unerwähnt, wie die Redaktion sich hiergegen zur Wehr setzte.

9 Beides sind Anonymisierungen.

10 In sumerischer Bedeutung Freiheit oder Rückkehr zur Mutter (Al-Rebholz 2013a, 231).

Literatur

Akal, Emel, 2003: Kızıl Feministler. Bir sözlü Tarih Çalışması. TÜSTAV, Istanbul.

Akdeniz-Taxer, Annika, 2011: Öffentlichkeit, Partizipation, Empowerment. Frauen in der Lokalpolitik ländlich geprägter Gegenden der Türkei. Wiesbaden.

Al-Rebholz, Anıl, 2013a: Das Ringen um Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980. Bielefeld.

Al-Rebholz, Anıl, 2013b: Die Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Türkei. Zum Wandel kultureller und diskursiver Praktiken. In: Rill, Bernd (Hg.): Türkische Innenpolitik. Abschied vom Kemalismus? Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung. 86, 39-49.

Arat-Koç, Sedef, 2007: (Some) Turkish Transnationalism(s) in an Age of Capitalist Globalization and Empire: "White Turk" Discourse, The New Geopolitics and the Implications for Feminist Transnationalism. In: Journal of Middle East Women's Studies. 3 (1), 35-57.

Babacan, Errol/**Gehring**, Axel, 2013: Hegemonie in Zeit und Raum, Zur Dekonstruktion des Zentrum/Peripherie-Gegensatzes in der Hegemonietheorie am Beispiel Türkei. In: Peripherie. 33 (130/131), 197-219.

Becker, Joachim, 2008: Der kapitalistische Staat in der Peripherie: polit-ökonomische Perspektiven. In: Journal für Entwicklungspolitik: Periphere Staatlichkeit, Kritische Staatstheorie des globalen Südens. 24 (2), 10-32.

Bozgan, Dilan, 2011: Kürt Kadın Hareketi Üzerine Bir Değerlendirme. In: Sancar, Serpil (Hg.): Birkaç Arpa Boyu... 21. Yüzyıla Girerken Türkiye'de Feminist Çalışmalar. Istanbul, 757-799.

Diken, Şeyhmus, 2006: Türkiye'de Sivil Hayat ve Demokrasi. Sivil Toplum Sorunlarını Tartışıyor. Istanbul.

Düzkan, Ayşe, 2005: Pazartesi Dergisi Deneyimi. In: Çakır, Devrim (Hg.): Özgürlüğü Ararken. Kadın Hareketinde Mücadele Deneyimleri. Istanbul, 153-172.

Gehring, Axel, 2013: Primat der Ordnung? Die Europäische Union und die türkische Juni-Revolte. In: Infobrief Türkei. 6, 13-18.

Gülbahar, Hülya, 2013: Kadının adı, devletten de siliniyor mu? Blog der Internetzeitung T24. Internet: http://t24.com.tr/yazi/kadinin-adi-devletten-de-siliniyor-mu/7966 (28.12.2013).

Kandiyoti, Deniz, 2011: A Tangled Web: the Politics of Gender in Turkey. Open Democracy 5. Januar. Internet: http://www.opendemocracy.net/5050/deniz-kandiyoti/tangled-web-politics-of-gender-in-turkey (16.1.2014).

Koçali, Filiz, 2002: Kadınlara Mahsus Gazete Pazartesi. In: Bora, Aksu/Günal, Asena (Hg.): 90'larda Türkiye'de Feminizm. Istanbul, 73-85.

Massicard, Elise, 2013: The Alevis in Turkey and Europe. Identity and Managing Territoriality. New York.

Molyneux, Maxine, 2001: Analyzing Women's Movements. In: Molyneux, Maxine (Hg.): Women's Movements in International Perspective: Latin America and Beyond. Basingstoke, 140-162.

Özyürek, Esra, 2009: "The Light of the Alevi Fire Was Lit in Germany and then Spread to Turkey": A Transnational Debate on the Boundaries of Islam. In: Turkish Studies. 10 (3), 233-253.

Sancar, Serpil, 2011: Türkiye Kadın Hareketinin Politiği: Tarihsel Bağlam, Politik Gündem ve Özgürlükler. In: Sancar, Serpil (Hg.): Birkaç Arpa Boyu... 21. Yüzyıla Girerken Türkiye'de Feminist Çalışmalar. Istanbul, 61-117.

Sirman, Nükhet, 1989: Feminism in Turkey: A Short History. In: New Perspectives on Turkey. 3 (1), 1-34.

Sosyalist Feminist Kolektif, 2012: As We Set Off. Internet: http://sosyalistfeministkolektif.org/english/198-as-we-set-off (18.3.2014).

Spivak, Gayatri Chakravorty, 2009: Alte und neue Diasporas: Frauen in einer transnationalen Welt. In: Femina Politica. 18 (2), 19-31.

Tarrow, Sydney, 1994: Power in Movement: Social Movements and Contentious Politics. Cambridge.

Trogisch, Corinna E., 2014: Wie sie auszogen, die Wut zu lernen. ‚Sozialistischer Feminismus' in der Türkei. Unveröff. Dissertationsmanuskript. Leibniz Universität Hannover.

Wallerstein, Immanuel, 1974: Das moderne Weltsystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Frankfurt/M., Wien.

Yılmaz, İlkay, 2005: 1990 Sonrası Türkiye'de Demokratikleşmeye Kadın Hareketinin Etkisi: TCK Kadın Platformu Süreci. Unveröff. Masterarbeit. Istanbul-Universität.

Yınanç, Barçın, 2013: Gezi Protesters Brought Turkey Closer to the EU. In: Hürriyet Daily News, 15. Oktober 2013. Internet: http://www.hurriyetdailynews.com/gezi-protesters-brought-turkey-closer-to-the-eu.aspx?pageID=449&nID=56227&NewsCatID=412 (14.1.2014).

Gleichstellungspolitischer Wandel durch Engagement und Handeln der Frauenorganisationen. Kroatien auf dem Weg zur Gleichstellung

JAGODA ROŠUL-GAJIĆ

Einleitung

Anfang der 1990er Jahre zerfiel der Staat Jugoslawien, dem Kroatien als eine seiner Republiken angehörte. Krieg, Gewalt und Nationalismus brachten eine Marginalisierung von Frauen und ihrer Interessen mit sich. Zum einen wurden Frauen aus den politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, zum anderen fanden die gleichstellungspolitischen Themen keine Beachtung im öffentlichen Raum und seitens der politischen EntscheidungsträgerInnen.
Trotz dieser ungünstigen Lage wurden im Bereich der Gleichstellung zwischen 2001 und 2005 eine Reihe von Frauenrechtsnormen verabschiedet und zugleich ein frauenpolitischer Wandel eingeleitet (Jenichen 2012, 86). Die Zahl der Parlamentarierinnen stieg im Jahr 2000 von 7,1% auf 21,9%. Darüber hinaus hat Kroatien in den letzten zehn Jahren eine Vielzahl von institutionellen Mechanismen entwickelt, die die Gleichstellung von Mann und Frau fördern und umsetzen sollen (Kesić 2007, 13). Dieser Erfolg ist vor allem auf die Arbeit der kroatischen Frauenorganisationen